

Aus:

Philip Bedall

Climate Justice vs. Klimaneoliberalismus?

Klimadiskurse im Spannungsfeld von Hegemonie und Gegen-Hegemonie

August 2014, 460 Seiten, kart., 39,99 €, ISBN 978-3-8376-2806-7

Wie sich die internationale Klimapolitik ausgestaltet, ist nicht ausschließlich Ergebnis zwischenstaatlicher Verhandlungen. Mit Gramsci gilt die Zivilgesellschaft als Verhandlungsort darüber, was als klimapolitisch adäquat oder legitim angesehen wird.

Philip Bedall untersucht die Ausbildung und Anfechtung dieses Konsenses während der Weltklimakonferenz 2009 in Kopenhagen anhand der Forderungen transnationaler NGOs und sozialer Bewegungen und macht hierfür die Diskurstheorie von Laclau und Mouffe handhabbar. Er zeigt, dass sich NGOs und Bewegungen nicht binär in affirmativ und revolutionär unterteilen lassen, und spürt der affirmativen Essenz artikulierter Kritik mit Hilfe der Methode der Dekonstruktion nach. So gelingt ihm eine differenzierte Beurteilung der Akteure und ihrer Forderungen.

Philip Bedall (Dr. rer. pol.) ist Umwelt- und Politikwissenschaftler. Neben seiner akademischen Beschäftigung mit dem Thema ist er auch selbst seit mehreren Jahren in der Klima- und Energiebewegung aktiv.

Weitere Informationen und Bestellung unter:

www.transcript-verlag.de/978-3-8376-2806-7

Inhalt

Tabellen- und Abbildungsverzeichnis | vii

Abkürzungsverzeichnis | ix

Vorwort | xv

I. Einführung | 1

I.1 Einleitung | 1

I.2 Erkenntnisinteresse der Studie | 6

I.3 Forschungsstand | 11

I.4 Struktur der Studie | 18

TEIL A: GRUNDLAGEN

II. Theoretische Verortung | 23

II.1 Staatstheoretische Grundlagen –
NGOs, soziale Bewegungen und Auseinandersetzungen um Hegemonie
in der Global Climate Governance | 24

II.2 Diskurstheoretische Grundlagen –
zur (Re-)Produktion von Hegemonie | 38

Passage | 65

III. Zugrunde gelegte Begriffe der NGO und sozialen Bewegung | 69

III.1 Begriffsverständnisse in der wissenschaftlichen Debatte | 71

III.2 Ein poststrukturalistischer Akteursbegriff:
Organisation und gesellschaftspolitische Praxis als diskursive
Artikulation | 87

III.3 Eingrenzung des mit der Studie
in den Blick genommenen Akteursfeldes | 90

Passage | 92

IV. Die Konstitution des Konfliktfelds | 95

IV.1 Die Global Climate Governance – der Kontext der Untersuchung | 96

IV.2 Hegemonie in der Global Climate Governance | 118

IV.3 Gegen-Hegemonie in der Global Climate Governance | 132

IV.4 Die Post-Kyoto-Verhandlungen –
Auseinandersetzung über die Erneuerung der neoliberalen
Hegemonie | 190

Passage | 194

TEIL B: DIE EMPIRISCHE UNTERSUCHUNG

V. Methodologie | 199

- V.1 Vorüberlegungen zur Operationalisierung
des poststrukturalistischen Theoriezugangs | 201
- V.2 Die Operationalisierung poststrukturalistischer Diskurstheorie | 205
Passage | 221

VI. Ergebnisse der Interviewstudie | 223

- VI.1 Von der hegemonialen Struktur des Einzeltexts
zu diskursiven Mustern | 225
- VI.2 Konturen konkurrierender
Hegemonieprojekte und Diskurskoalitionen | 230
- VI.3 Dekonstruktion der binären Struktur:
Reformismus versus Revolution, Kritik versus Affirmation | 327
- VI.4 Die Reartikulation des gegen-hegemonialen Projekts
um »Climate Justice« im Untersuchungsmaterial | 330
Passage | 346

VII. Resümee und Fazit | 349

- VII.1 Zusammenfassung der Ergebnisse | 349
- VII.2 Kritische Reflexion des Forschungsansatzes | 359

VIII. Ausblick | 363

Literatur- und Quellenverzeichnis | 369

- Literatur | 369
- Liste der durchgeführten Interviews (teilweise anonymisiert) | 415

Vermerk über Vorab-Veröffentlichungen von Teilen des Bandes | 417

Summary | 421

Inhaltsverzeichnis (ausführlich) | 423

Index | 427

Online-Anhang (<http://www.transcript-verlag.de/978-3-8376-2806-7>)

- A.1 Tabelle zur kriteriengestützten Auswahl von Interviewpartner_innen
- A.2 Interviewleitfaden
- A.3 Transkripte der Interviews (teilweise anonymisiert)
- A.4 Stories und Syllogismen der Interviews
- A.5 Fallexzerpte zur hegemonialen Struktur der Interviews

Vorwort

Die Studie in der vorliegenden Form muss als zeithistorisches Dokument begriffen werden. Dass es zu ihr kam, aber auch dass sie sich darstellt, wie sie sich darstellt, ist keineswegs Zufall, keineswegs beliebig: Ohne die Konjunktur des Klimathemas ab dem Jahr 2006 beispielsweise – in Erinnerung gerufen seien der Report des britischen Ökonomen Sir Nicholas Stern zu den ökonomischen Kosten des Klimawandels (STERN 2006), der Friedens-Nobelpreis an den Weltklimarat IPCC und Al Gore und der G8 Gipfel in Heiligendamm, der das Klimathema aufgriff – wäre es wohl nicht zur Entstehung der Protestform der Klimacamps gekommen. Ohne die Klimacamps, die ab dem Jahr 2008 auch ihren Weg in die BRD fanden, hätte es eine vergleichbare Politisierung zahlreicher Menschen – mich eingeschlossen – hinsichtlich des Klimathemas kaum gegeben. Und ohne diese Politisierung hätte ich mich wohl kaum intensiver mit dem Thema Klimawandel und globale Gerechtigkeit auseinandergesetzt, mich innerhalb bewegungspolitischer Zusammenhänge wie dem deutschsprachigen Klima!Bewegungsnetzwerk, der Bundeskoordination Internationalismus (BUKO) und dem transnationalen Zusammenhang Climate Justice Action (CJA) engagiert und in der Folge dazu entschlossen eine Dissertation in diesem Themenfeld in Angriff zu nehmen.

Nein, die Genese der Studie ist kein Zufall. Die Motivation für die Studie muss – um es in der diskurstheoretischen Terminologie der Studie auszudrücken – als das kontingente Ergebnis einer räumlich-zeitlich spezifischen Diskursorganisation begriffen werden. Es ist eine Reihe konkreter Bedingungen, die die Studie erst ermöglichten. Herzlich danken möchte ich in diesem Zusammenhang Achim Brunnengräber (Freie Universität Berlin) und Christoph Görg (Universität Kassel und UFZ Leipzig) für die gemeinsame Betreuung der Studie. Ihr kritisches Feedback hat an zahlreichen Stellen zur Schärfung beigetragen.

Friederike Habermann, Timmo Krüger und Joscha Wullweber danke ich für die vielen Diskussionen, ohne die sich so mancher Knoten im Forschungsprozess sicher nicht gelöst hätte. Für das theoretische und methodische Fundament der Studie waren sie eine unerlässliche Inspirationsquelle. Danken möchte ich auch Christoph

Scherrer für die Möglichkeit der Teilnahme am Promotionskolloquium des Fachgebiets »Globalisierung und Politik« der Universität Kassel. Das Kolloquium und die Treffen des Netzwerks »Diskurs- und Hegemonietheorien«¹ wie auch die Sommer Schulen zu Politischer Ökologie in Wietow 2011 und 2013 – ausgerichtet von Sybille Bauriedl, Ulrich Brand, Achim Brunnengräber, Kristina Dietz, Christoph Görg und Markus Wissen – boten Kontexte für einen kontinuierlichen Austausch und trugen zu einer Erweiterung des theoretischen, methodischen und empirischen Horizonts bei, von dem die Studie immer wieder profitiert hat. Mein Vater Karlheinz Bedall wirkte unermüdlich und gründlich an der kritischen Durchsicht der Studie und der Korrektur formaler Fehler – dafür ein großer Dank.

Eine von finanziellen Nöten unbelastete Konzentration auf den Forschungs- und Schreibprozess ermöglichte mir die Unterstützung durch ein Promotions-Stipendium. Herzlich danken möchte ich dafür Ingeborg Maschmann und ihrer Stiftung. Nicht denkbar wäre die vorliegende Studie in vielerlei Hinsicht ohne die Solidarität meiner Eltern, Gisela Röck-Bedall und Karlheinz Bedall, ohne ihre kontinuierliche Bestärkung bei der Promotion, ihre Unterstützung darüber hinaus und ihr allzeit entgegengebrachtes Vertrauen. Danke!

Ebenso wie die Genese der Studie, wie skizziert wurde, nicht zufällig ist, so ist zugleich ihre hier vorliegende Gestalt eine spezifische. Es sind eigene ethisch-normative Positionierungen, die die Gestalt der Studie und ebenso den ihr zugrunde liegenden Forschungsprozess (mit)prägen. Eine transparente Forschung erfordert eine Selbstverortung des Forschenden, d.h. im gegebenen Fall eine Verortung im umkämpften klimapolitischen Konfliktfeld. Konstitutiv für meine ethisch-normativen Positionierungen (auf die in Kapitel I.1 im Weiteren eingegangen wird) ist sicherlich auch meine Einbindung in bewegungspolitische Zusammenhänge (in Klima!Bewegungsnetzwerk, BUKO und CJA) bzw. deren spezifische Art und Weise, den Themenkomplex Klimawandel zu behandeln – d.h. der dort vorangetriebene Diskurs.

Grundsätzlich ist es die Subjektposition der Autor_in², die die analytische Perspektive einer Studie prägt – in meinem Fall eine im herrschaftlich geprägten globalen Nord-Süd-Verhältnis privilegierte Position. Wenn ich in der vorliegenden Stu-

-
- 1 Hervorgegangen aus diesem Netzwerk ist der Sammelband von Dzudzek et al. (2012) mit dem Titel »Diskurs und Hegemonie – Gesellschaftskritische Perspektiven«.
 - 2 Die vorliegende Arbeit verwendet den sogenannten Gender_Gap als Mittel zur nicht-diskriminierenden sprachlichen Darstellung aller Geschlechtlichkeiten, auch jener die vom binären Geschlechtersystem »Mann / Frau« abweichen und in der im Deutschen hegemonialen Schreibweise ausgeschlossen oder vereinnahmt werden. Der Unterstrich in Autor_in, Leser_in, Aktivist_in, oder Wissenschaftler_in (usw.) repräsentiert den Platz, „den unsere Sprache nicht zulässt“ und stellt in diesem Sinne die „Verräumlichung des Unsichtbaren“ dar (S_HE 2003).

die dem in Diskursen Entnannten nachspüre – dem »Kritischen« – laufe ich als männlich, weißer Akademiker aus dem globalen Norden (etc.) Gefahr, dem vorherrschenden (hegemonialen) Diskurs verhaftet zu bleiben. Auch wenn ich die Verantwortung ernst nehme und es mir gar gelänge, mich meiner blinden Flecken zu entledigen (was zu beurteilen anderen zusteht), kann das im hegemonialen Diskurs Entnannte nicht in vollem Umfang rekonstruiert, d.h. sichtbar gemacht werden. Nicht gehört (und damit in der Studie rekonstruiert) werden können die Deutungen der vollständig außerhalb des hegemonialen Diskurses Stehenden – „[t]he subaltern cannot speak“ (SPIVAK 1994: 104). Anders ausgedrückt: Die vorliegende Studie kann keine Studie sein, die für die Subalternen spricht, sondern sie erwächst aus dem hegemonialen Diskurs. Wenn jedoch mit der Hegemonie Entnanntes sichtbar wird, verschieben sich Positionen, verschiebt sich der Diskurs. Dies ist eine Bedingung für die Artikulation subalternen Identitäten und Deutungen und schlussendlich die Überwindung von Unterdrückung. Mit der vorliegenden Studie hoffe ich hierzu einen Beitrag zu leisten.

Entlang der erfolgten Darstellungen wäre es unzutreffend zu behaupten, Autor_innen seien Subjekte, die Texte außerhalb des Diskurses hervorbringen (vgl. auch FOUCAULT 1988). Wie skizziert wurde, kann die Gestalt der vorliegenden Studie und ihre Genese keineswegs als *beliebig* verstanden werden. Zugleich ist beides jedoch nicht das Ergebnis des *notwendigen* Laufs der Welt, in der ein Ereignis ein anderes und dieses ein weiteres (usf.) determiniert – beispielsweise die Folge des Flügelschlags eines Schmetterlings auf dem ersten britischen Klimacamp, im Jahr 2006 an der Drax Power Station (Großbritannien). Die Autor_in – bzw. allgemeiner das Subjekt – behält grundsätzlich die Autonomie, Entscheidungen im Kontext des kontingenten Sozialen zu treffen. In diesem Sinne hätte es also nicht zu der vorliegenden Studie kommen müssen bzw. hätte sich diese anders entwickeln können – jedoch dies eben in einem spezifischen diskursiven Kontext, dem Zwang des Diskurses. Unzählig waren die Wegkreuzungen, an denen Entscheidungen getroffen werden mussten – Entscheidungen unter spezifischen Möglichkeits- bzw. Unmöglichkeitsbedingungen, von denen einige oben erwähnt wurden. In diesem Sinne liegt die Verantwortung für mögliche Fehler und Unschärfen in der Studie trotz allem alleine bei mir.

Berlin, im April 2014

I. Einführung

I.1 EINLEITUNG

<i>Das Reale / Nichtidentische:</i>	Klima-
<i>Das Soziale (Deutung):</i>	wandel
<i>Das Politische:</i>	findet statt!

Das Initial der vorliegenden Studie ist eine politische Setzung. Das Klima, ein Erdbeben oder der Tod sind erfahrbar. Die Deutung dieser Erfahrung ist vielgestaltig. Das Erdbeben: ein Naturphänomen oder ein Zeichen Gottes? Der Tod: endgültig, der Beginn des ewigen Lebens oder der Wiedergeburt? Das Klima: ohne Schwankung, natürlich im Wandel oder durch Menschen aus dem Gleichgewicht gebracht? Hier wird davon ausgegangen, dass keine absoluten Aussagen getroffen werden können über die Ursachen oder die Qualität des der Deutung vorausliegenden Objekts der Erfahrung. Welche Deutung als plausibel begriffen wird, verbleibt politisch.

Die Setzung: Der Klimawandel findet statt! Er ist menschengemacht. Diese Deutung wird hier als plausibel(er als andere) begriffen. Eine zunehmende Konzentration bestimmter Gase (insbesondere CO₂) in der Atmosphäre erhöht die Albedo der Atmosphäre und damit deren durchschnittliche Temperatur – der Treibhauseffekt (ARRHENIUS 1896). Mit der (kapitalistischen) Industrialisierung ab Mitte des 19. Jahrhunderts kommt es zu einem drastischen Anstieg der Emission von Gasen, die den Treibhauseffekt bewirken (ETHERIDGE ET AL. 1996; JANSEN ET AL. 2007: 466ff.) und der noch immer andauert (NOAA 2013). Sehr plausibel scheint es, dass „der größte Anteil des seit Mitte des 20. Jahrhunderts beobachteten Anstieges der globalen Durchschnittstemperaturen [...] auf die beobachtete Zunahme der anthropogenen THG-Konzentrationen zurückzuführen ist“ (IPCC 2007).³ Die Betroffen-

3 Oreskes (2004) kommt in der Zeitschrift *Science* nach einer Auswertung von 928 Abstracts von Artikeln wichtiger Fachzeitschriften aus dem Zeitraum 1993 bis 2003 (die in

heit durch die Klimaveränderungen variiert ebenso wie deren Verursachung aus einer globalen Nord-Süd-Perspektive erheblich. Der globale Norden⁴ trägt die historische Verantwortung hinsichtlich des Großteils bislang emittierter Treibhausgase, während der globale Süden Folgen des Klimawandels in erhöhtem Maße ausgesetzt ist und in geringerem Maße über Anpassungskapazitäten verfügt (PARRY ET AL. 2007; CARDONA ET AL. 2012; LAVELL ET AL. 2012: 33).

Der Klimawandel wird hier vor diesem Hintergrund als Ausdruck einer Krise des Sozialen begriffen – einer Krise der Struktur sedimentierter und routinierter Praktiken. Auch wenn der umkämpfte politische Ursprung der Praktiken unsichtbar geworden ist, so repräsentiert das Soziale aufgrund der ihm innewohnenden ‚politischen Geschichte‘ ein spezifisches Verhältnis zwischen sozialen Kräften. Der Klimawandel kann insofern als Ergebnis der herrschaftlichen Prägung der Weltgesellschaft verstanden werden.

Auseinandersetzungen um das Soziale, d.h. darum, welche Praktiken sich sedimentieren und routinieren, werden nicht ausschließlich an Verhandlungstischen der Politik geführt. Beteiligt ist vielmehr eine Vielzahl von Akteuren, die zahlreiche Problemwahrnehmungen, Forderungen und Handlungspraktiken artikulieren⁵, die um ihre Verallgemeinerung konkurrieren. Es ist dieses Terrain der *Zivilgesellschaft*, auf dem sich – um hier an die Überlegungen des italienischen Philosophen und Politikers Antonio Gramsci anzuschließen – als Ergebnis von Auseinandersetzungen eine Balance von Kompromissen einstellt: ein hegemonialer Konsens, beispielsweise darüber, wie produziert wird oder welcher Lebensstil den Alltag bestimmt. In der Zivilgesellschaft – als Ensemble von Verhältnissen und Praxen – entscheidet sich, was Hegemonie erlangt bzw. was marginalisiert wird.⁶ Die sich

der ISI-Datenbank unter dem Stichwort „global climate change“ aufgelistet werden) zum Ergebnis, dass es darin keinen einzigen Widerspruch zu dieser bereits 2001 vom IPCC gemachten Aussage gibt. 75% der Wissenschaftler stimmen mit dem IPCC, der National Academy of Sciences und anderen wissenschaftlichen Organisationen überein und vertreten überwiegend im- und explizit die Position, dass es einen Einfluss menschlicher Aktivitäten auf das Klima gibt.

- 4 Die Begriffe des *globalen Nordens* bzw. *globalen Südens* dienen im Folgenden nicht der ausschließlich geografischen Differenzierung. Vielmehr wird mit ihnen auf vielfältige Herrschaftsverhältnissen hingewiesen, die nicht nur geographisch wirken, sondern ebenso innerhalb von Gesellschaften des Norden bzw. Südens (bspw. entlang der Herrschaftskategorien von class, race und gender).
- 5 Als *Artikulation* wird hier jeder Akt der Generierung von Bedeutung – sei er auf textlich-sprachlicher oder handlungspraktischer Ebene – verstanden. Zum Begriff der Artikulation vgl. im Weiteren Seite 41 und 53.
- 6 Auch mit Gramsci wird die Bedeutung der Verhandlungen innerhalb staatlicher Institutionen (der politischen Gesellschaft) hinsichtlich der Hegemoniebildung nicht negiert.

herausbildende Hegemonie⁷ ist insofern nicht-intendiert, dennoch sichert sie spezifische Herrschaftsverhältnisse ab.

Die Zivilgesellschaft ist also das Terrain der Reproduktion und zugleich der Anfechtung von Hegemonie. In der Zivilgesellschaft werden *einerseits* hegemoniale Verhältnisse (re-)produziert. *Andererseits* ist die Zivilgesellschaft ebenso das Terrain, auf dem die Artikulation von Kritik möglich wird und sich alternative – »gegen-hegemoniale«⁸ – Projekte herausbilden.

„Ein Hegemonieverständnis im Sinne Gramscis impliziert, dass alternative Strategien, d.h. »gegen-hegemoniale« Projekte zwar innerhalb der Zivilgesellschaft entstehen können, aber nie durch die Zivilgesellschaft als Ganzes. Denn wenn unter Zivilgesellschaft in Anlehnung an Gramsci die sich herausbildende, reproduzierende bürgerliche Hegemonie über Medien, Verbände, Bildungsinstitutionen, Familie etc. verstanden wird, dann sind in ihr alle Konflikte und Ungleichheitsmuster der Gesellschaft präsent: klassen- und geschlechterförmige sowie ethnische Ausgrenzung, unterschiedliche Nutzung von Ressourcen, verschiedene Wertorientierungen etc. Außerdem bleibt der Bereich privater Produktion ein zentrales Terrain sozialer Auseinandersetzungen. Gegen-Hegemonie bildet sich also zunächst und notwendig in kleinen Bereichen der Zivilgesellschaft aus, nicht in deren mächtigsten Apparaten.“ (BRAND 2005: 10)

Auch in der Global Climate Governance⁹ zielt eine Vielzahl von Akteuren innerhalb multipler Arenen und auf verschiedenen räumlich-politischen Ebenen darauf,

Gramscis Unterscheidung von politischer und ziviler Gesellschaft verbleibt schlussendlich mehr eine methodische als eine organische (GRAMSCI 1991ff.: 1566, vgl. auch 498f.). Auch die staatlichen Institutionen sind durch Elemente der Konsensgenerierung gekennzeichnet, bzw. auch die Zivilgesellschaft ist von Zwängen, wie bspw. Konventionen, geprägt. Vgl. zum Begriff der Zivilgesellschaft auch Kapitel II.1.1 ab Seite 24.

7 Zum Begriff der Hegemonie vgl. im Weiteren Seite 25 und Kapitel II.2.4.

8 Unter »gegen-hegemonialen« Projekten sollen hier zunächst Muster von Deutung verstanden werden, die mit der hegemonialen Deutung um Wirkmächtigkeit – ihre gesellschaftliche Verallgemeinerung – konkurrieren. Wie »gegen-hegemoniale« Projekte bzw. Forderungen konzeptionell begriffen werden, wird in Kapitel II.2.5 konkretisiert.

9 Der Begriff der *Governance* wird hier nicht normativ verstanden, im Sinne der notwendigen Reaktion auf die Globalisierung. Er hebt hingegen in einem empirisch-analytischen Sinne die Transformation von Staatlichkeit im Zuge der Globalisierung (des Kapitalismus) seit Anfang der 1970er Jahre hervor – d.h. einen Prozess der Entstaatlichung bzw. Privatisierung von Politik auf allen räumlich-politischen Maßstabsebenen. Während mit dem Begriff der *internationalen Klimapolitik* das Regierungshandeln in einem abgrenzbaren Politikfeld und die sich hier herausbildende institutionelle Bearbeitung des Klimawandels gefasst wird, rückt der Begriff der *Global Climate Go-*

ihrer Deutung (bzw. ihren Handlungspraktiken) des Klimawandels und dessen politischer Bearbeitung zu Allgemeingültigkeit zu verhelfen. Was als klimapolitisch adäquat oder legitim angesehen wird, darüber bildet sich in der Zivilgesellschaft ein hegemonialer Konsens heraus. Die vorliegende Studie richtet ihren Blick auf entsprechende Prozesse der Hegemoniebildung auf einem verstärkt politisierten Terrain.

Ausgangspunkt der Studie sind die ab 2005 in der Global Climate Governance zunehmend auszumachenden Auseinandersetzungen um Hegemonie. Bis zu diesem Zeitpunkt hat sich in der Global Climate Governance mit den flexiblen Mechanismen des Kyoto-Protokolls (Emissionshandel, Clean Development Mechanism und Joint Implementation) ein zentraler Stellenwert von Wettbewerb und wirtschaftlichem Wachstum manifestiert. Die »Neoliberalisierung des Klimas« ist hegemonial geworden (vgl. im Weiteren Kap. IV.2). Ursächlich für die Politisierung ab Mitte der 2000er Jahre ist einerseits eine über das Politikfeld Klima hinaus zunehmend in Erscheinung tretende multiple Krise – die Wirtschafts- und Finanzkrise, die ökologische Krise, soziale Ungleichheit – sowie andererseits die Debatte um ein Nachfolgeabkommen für das auf das Jahr 2012 befristete Kyoto-Protokoll.

Die Kopenhagener Klimakonferenz im Jahr 2009 (vgl. GIBSON 2012b) muss als bedeutender ‚peak‘ der Kämpfe um Hegemonie in der Global Climate Governance verstanden werden, vielleicht gar als ‚Klimax‘. Im Vorfeld wurde der Konferenz eine zentrale Bedeutung für die zukünftige Bearbeitung des Klimakonflikts zugemessen. Hier sollte über die Gestalt einer über das Jahr 2012 hinausgehenden internationalen Klimapolitik verhandelt werden. Die sog. ‚Bali-Road-Map‘, eine im Kontext der Klimakonferenz in Bali 2007 beschlossene Zielvereinbarung, sah die Verabschiedung eines Kyoto-Nachfolgeabkommens vor.

Die sich ab 2005 verstärkenden Auseinandersetzungen um Hegemonie kennzeichnen die Global Climate Governance jedoch bereits seit deren Genese. Im Feld transnationalen Nicht-Regierungsorganisationen (Non-Governmental Organisations – NGOs) und sozialer Bewegungen sind es ab Ende der 1990er Jahre insbesondere Akteure aus dem globalen Süden, die eine zum Mainstream der umwelt- und entwicklungspolitischen NGOs konträre Position entwickeln. Oftmals ist es die Forderung nach *Climate Justice*, die diesen kritischen sozialen Kräften als ein gemeinsa-

vernance die Bedeutung nicht-staatlicher Akteure in den klimapolitischen Entscheidungsprozessen auf verschiedenen miteinander verschränkten räumlich-politischen Maßstabsebenen in den Blick. Der Begriff bündelt in diesem Sinne drei Aspekte: die Akteursvielfalt, die Interdependenzen zwischen Politikfeldern sowie zwischen räumlichen Maßstabsebenen (BRUNNENGRÄBER 2009: 20). Insbesondere der erste Aspekt ist für die vorliegende Arbeit von Bedeutung, wenn sie politische Auseinandersetzungen in der Zivilgesellschaft in den Blick nimmt. (Zum Begriff der Governance bzw. der Global Climate Governance vgl. im Weiteren Seite 30 und 36.)

mer Bezugspunkt dient. – Hinter *Climate Justice* steht zunächst die Feststellung, dass die Menschen, die am stärksten vom Klimawandel betroffen sind und sein werden, diejenigen sind, die am wenigsten zu seiner Verursachung beigetragen haben.¹⁰ Die Forderung verbindet eine Vielfalt getrennt voneinander existierender Kämpfe: Kleinbäuer_innen, die Ernährungssouveränität einfordern, Aktivist_innen des Südens, die für die Anerkennung der historischen Klimaschuld(en) der Industrieländer streiten, oder indigene Gemeinschaften, die sich gegen Kohle- oder Uran-Abbau wenden. Zusammen mit der Forderung nach *Climate Justice* werden wiederkehrend bestimmte Positionen artikuliert: sei es die grundsätzliche Ablehnung von Marktmechanismen, die Forderung an die industrialisierten Länder, ihrer moralischen und historischen Verantwortung gerecht zu werden, oder die Forderung nach einer Abkehr von fossilen Ressourcen. – Es ist die Forderung nach *Climate Justice*, mit der verknüpft sich ab dem Jahr 2000 eine »gegen-hegemoniale« Programmatik herauszubilden scheint. Der Kontext der Politisierung der Global Climate Governance ab 2005 ist es, der eine wirkmächtige Anfechtung der etablierten Hegemonie denkbar macht.

10 Die Forderung nach *Climate Justice* knüpft damit an die Forderung nach *Environmental Justice* an (vgl. GOODMAN 2009: 504ff.; ROBERTS & PARKS 2009; DAWSON 2010). In Nordamerika hebt ab Anfang der 1980er Jahre die sog. Environmental-Justice-Bewegung die ungleiche Betroffenheit von *people of color* von Umwelteinwirkungen hervor.

I.2 ERKENNTNISINTERESSE DER STUDIE

Die vorliegende Studie fokussiert die »gegen-hegemonialen« Tendenzen in der Global Climate Governance. Hinsichtlich einer möglichen Anfechtung der Hegemonie des Neoliberalismus ist – wie dargestellt wurde – neben dem Staat im ‚engen Sinne‘ ein Blick auf das Feld von NGOs und sozialen Bewegungen von Interesse. Hier könnte sich, wie bereits angedeutet, mit der »Climate Justice«-Programmatik ein »gegen-hegemoniales« Projekt formiert haben. Für eine weitergehende Begründung dieser These – bzw. andernfalls, um sie zu verwerfen – bedarf es zunächst einer hegemonietheoretischen Analyse der »Climate Justice«-Programmatik im hegemonialen Konfliktfeld der Global Climate Governance. Gefragt wird in der Studie insofern *erstens* danach, ob sich im Vorfeld der Kopenhagener Verhandlungen verknüpft mit der Forderung nach Climate Justice ein gegen-hegemoniales Projekt herausgebildet hat.

Im Zusammenhang mit den Verhandlungen um eine institutionelle Bearbeitung des Klimawandels unter dem Dach der Vereinten Nationen ‚post-2012‘ kommt es, dies wird in der vorliegenden Studie noch ausführlicher dargestellt (vgl. Kap. IV.4), zu verstärkten Auseinandersetzungen um Hegemonie. »Gegen-hegemoniale« Projekte bilden sich – um Ulrich Brands Einschätzung (siehe oben Seite 3) aufzugreifen – „zunächst und notwendig“ in einem kleinen Bereich der Zivilgesellschaft aus (BRAND 2005: 10). Die »Climate Justice«-Programmatik wird durch spezifische transnationale NGOs und soziale Bewegungen der auf die internationalen Klimaverhandlungen Bezug nehmenden umwelt- und entwicklungspolitischen Community vorangetrieben. Dieser Community kommt auf dem Terrain der Zivilgesellschaft bei den sozialen Auseinandersetzungen um internationale Umweltabkommen eine wichtige Rolle zu (vgl. bspw. ARTS 1998; BRAND 2000; BRÜHL 2003). Welche Forderungen unter den NGOs und sozialen Bewegungen Hegemonie erlangen bzw. welche marginalisiert werden, ist für das sich in der Global Climate Governance herausbildende Kräfteverhältnis von Bedeutung.

Vor diesem Hintergrund stellt die vorliegende Studie als *zweite* Forschungsfrage die danach, ob es im Kontext der Kopenhagener Vertragsstaatenkonferenz der UN-Klimarahmenkonvention (COP – Conference of the Parties) zu einer Verbreitung des kritischen Gehalts der »Climate Justice«-Programmatik auf dem Terrain der Zivilgesellschaft (insbesondere im Akteursspektrum der transnationalen NGOs und sozialen Bewegungen) kommt. Damit wird auf Erkenntnisse dazu abgezielt, ob die kritische Programmatik um »Climate Justice« die gesellschaftspolitische Praxis des Mainstreams dieser Community prägt.

Ausgehend vom empirischen Gegenstand und seiner Problematisierung, ist damit ein erstes *empirisches Erkenntnisinteresse* der Studie formuliert. Damit verknüpft verfolgt die Studie ein *theoretisch-konzeptionelles Erkenntnisinteresse*.

Dieses zielt auf die Konzeption des Begriffs der Kritik bzw. des Verhältnisses von Organisationsform und gesellschaftspolitischer Praxis eines Akteurs. Bisherige Theoretisierungen der beiden Aspekte in der Forschung zu sozialen Bewegungen werden durch empirische Beobachtungen irritiert. Diese Irritation, die im Folgenden umrissen werden soll, ist der Ausgangspunkt des theoretisch-konzeptionellen Erkenntnisinteresses.

Betrachtet man den Forschungsstrang der Bewegungsforschung, wie er sich in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit sozialen Bewegungen herausgebildet hat¹¹, so fällt auf, dass dieser soziale Bewegungen tendenziell als Akteure beschreibt, die sich durch einen geringen Organisationsgrad auszeichnen und auf emanzipative Gesellschaftsveränderungen zielen. Gegenüber den NGOs, zu deren charakterisierenden Merkmalen oftmals eine formale Organisation und ein affirmativer und kooperativer Politikstil gezählt wird – wenn sie das politische System und seine Regeln grundsätzlich anerkennen –, seien soziale Bewegungen »gegen« die herrschende Politik gerichtet (ausführlicher diskutiert wird dies in Kapitel III der Studie).

Auch wenn empirische Studien der Bewegungsforschung wiederholt das Zusammengehen einer spezifischen Organisationsform mit einer spezifischen Ideologie bzw. gesellschaftspolitischen Praxis aufzeigen, so implizieren sie oftmals, dass dieses Zusammengehen grundsätzlicher Natur oder gar einem Funktionalismus geschuldet sei¹² – dass es also nicht ausschließlich auf probabilistischer Grundlage konstatiert wird. Obwohl die bewegungswissenschaftliche Institutionalisierungsdebatte Fragen zu Organisation und gesellschaftspolitischer Praxis bzw. deren Zusammenwirken ausgiebig behandelt und Perspektiven entwirft, mit denen entsprechende Konzeptionen überwunden werden, kann auch gegenwärtig in der Bewegungsforschung wiederholt die Konzeption von sozialen Bewegungen und Organisationen (NGOs bzw. Parteien) als jeweils aggregierte Einheiten einer spezifischen Organisationsform und einer spezifischen gesellschaftspolitischen Praxis ausgemacht werden: eine Konzeption, die mit einer dichotomischen Gegenüberstellung beider Akteurstypen einhergeht.

11 Zu den wichtigen Vertreter_innen dieses Forschungsstrangs im deutschsprachigen Bereich zählen u.a. Hanspeter Kriesi, Friedhelm Neidhardt und Dieter Rucht. Bedeutend in der Debatte im angelsächsischen Bereich sind u.a. Donatella della Porta, Jackie Smith und Sidney Tarrow.

12 Grundlegend für ein funktionalistisches Verständnis des Zusammenhangs von Organisationsform und gesellschaftspolitischer Praxis ist Robert Michels' These von der Oligarchisierung sozialer Bewegungen mit ihrem zunehmendem Organisationsgrad, die dieser bereits 1911 formulierte (MICHELS 1989: insb. 351ff.) und die die Institutionalisierungsdebatte der Bewegungsforschung prägte.

Ein derartiges Akteursverständnis ist in zweierlei Hinsicht problematisch: *Erstens* setzt es voraus, dass sich »gegen-hegemoniale« Projekte ausschließlich auf Seiten sozialer Bewegungen herausbilden. Ein Blick ins empirische Feld führt zu Irritationen hinsichtlich dieser Lesart hegemonialer Kämpfe. Die These eines funktionalen Zusammenhangs von Organisationsform und gesellschaftspolitischer Praxis wird durch empirische Beobachtungen irritiert. Dies zeigt sich zum einen bezüglich der an sozialen Auseinandersetzungen beteiligten Akteure. So scheint im konkreten Fall der Global Climate Governance eine ‚herrschaftskritische‘ gesellschaftspolitische Praxis (die Kritik an Marktmechanismen, antikapitalistische Positionen, u.a. im Kontext der Programmatik um »Climate Justice«) auch mit einem höheren Organisationsgrad zusammenzugehen (so umfasst die Akteurskoalition Climate Justice Now! eine Vielzahl von NGOs). Zum anderen zeigt sich auch bei den scheinbar qua Organisationsform herrschaftskritischen sozialen Bewegungen die Reproduktion von (informellen) Herrschaftsstrukturen wie „informelle[n] Hierarchien (etwa durch selbst ernannte Führer), autoritäre[n] Umgangsformen (etwa im Geschlechterverhältnis) oder fragwürdige[n] Praxen (z.B. Gewaltverherrlichung)“ (STOCK 2001: 6). Um dem im Empirischen vielfältigen Zusammengehen von Organisationsform und gesellschaftspolitischer Praxis gerecht zu werden, ist es insofern erforderlich, jede Art einer dichotomischen Akteurskonzeption aufzulösen. Gefragt werden muss, wie Akteure (im Konkreten NGOs und soziale Bewegungen) konzipiert werden können, so dass sie nicht in einer dichotomischen Gegenüberstellung von Akteurstypen als aggregierter Einheiten von Organisationsform und gesellschaftspolitischer münden.

Zweitens bleibt mit der „holzschnittartigen Polarisierung in Reformorientierung einerseits und radikale Gesellschaftsänderung andererseits“ (STICKLER 2011: 106) der Begriff der Kritik unterbestimmt. Die Art der kritischen Ausrichtung der Akteure (orientiert auf radikalen Wandel bzw. Reform) wird mit dem dargestellten Akteursverständnis primär aus der Organisationsform abgeleitet. Die gesellschaftspolitische Praxis selbst unterliegt keiner differenzierten Beurteilung. Ginge es darum die gesellschaftspolitische Praxis spezifischer Akteure bzgl. ihres kritischen Gehalts zu bestimmen, so mag

„prinzipiell nur schwerlich Einigkeit darüber zu erzielen sein, was denn nun radikale Gesellschaftsveränderung und Herrschaftsminimierung von reformorientierten Konzepten abgrenzt, wo also die Wasserscheide zwischen emanzipatorischer kollektiver Praxis und zivilgesellschaftlicher Herrschaftsmodernisierung anzusiedeln sei“ (ebd.).

Für die Erklärung von Auseinandersetzungen um Hegemonie ist es insofern notwendig, den Begriff der Kritik theoretisch-konzeptionell zu konkretisieren: Was ist es, das den kritischen Gehalt einer gesellschaftspolitischen Praxis ausmacht? Wie also kann ‚Kritik‘ derart konzeptualisiert werden, dass eine differenzierte Beurtei-

lung der vielfältigen gesellschaftspolitischen Praxen hinsichtlich ihres kritischen Gehalts möglich wird?

Die vorliegende Studie verfolgt auf der theoretisch-konzeptionellen Ebene, wie umrissen wurde, ein Erkenntnisinteresse, dass auf zwei Aspekte ausgerichtet ist: erstens auf die Akteurskonzeption und dabei insbesondere die Konzeption der Begriffe der sozialen Bewegung und der NGO und zweitens auf die Konzeption des Begriffs der Kritik. Den skizzierten konzeptionellen Mängeln der Bewegungsforschung soll so begegnet werden.

In Tabelle 1 werden die erkenntnisleitenden Fragen der Studie gebündelt. Verwiesen wird dabei jeweils auf die Kapitel, die entsprechende Fragen fokussieren.¹³ Die Beantwortung der Forschungsfragen an die Empirie beruht, dies soll die Tabelle anzeigen, auf der Beantwortung der theoretisch-konzeptionellen Fragen. Ausgehend von den theoretisch-konzeptionellen Überlegungen zu den Begriffen der sozialen Bewegung und NGO wird eine weitere Forschungsfrage formuliert. Diese nimmt für den konkreten mit der Studie fokussierten Fall – die Auseinandersetzungen um Hegemonie im Kontext der COP15 – das Zusammenspiel von Organisationsform und gesellschaftspolitischer Praxis im Akteursspektrum von NGOs und sozialen Bewegungen in den Blick. Die Beantwortung dieser Frage liefert Erkenntnisse zur kritischen bzw. affirmativen Ausrichtung spezifischer Akteure.

13 Auf die Erklärungskette, d.h. die Schritte zur Beantwortung der Forschungsfragen, wird in Kapitel V.2.2 eingegangen.

Tabelle 1 Das Erkenntnisinteresse der Studie

empirisch Kap.

1. Hat sich im Vorfeld der Kopenhagener Verhandlungen verknüpft mit der Forderung nach Climate Justice ein »gegen-hegemoniales« Projekt herausgebildet? IV.3
2. Kommt es in den sozialen Auseinandersetzungen um eine internationale Klimapolitik „post-2012“ im Kontext der COP15 zu einer Verbreitung des kritischen Gehalts der »Climate-Justice«-Programmatik im Akteursspektrum der transnationalen NGOs und sozialen Bewegungen? VI.4
3. Lassen sich hinsichtlich des konkreten empirischen Falls der Auseinandersetzungen um Hegemonie im Kontext der COP15 im Akteursspektrum transnationaler NGOs und sozialer Bewegungen Muster im Zusammenspiel von Organisationsform und gesellschaftspolitischer Praxis ausmachen? VII.1

theoretisch-konzeptionell Kap.

- Wie kann der Begriff der Kritik derart konzipiert werden, dass eine differenzierte Beurteilung der vielfältigen gesellschaftspolitischen Praxen in Auseinandersetzungen um Hegemonie hinsichtlich ihres kritischen Gehalts möglich wird? II.2.5
- Wie können die Begriffe der sozialen Bewegung und der NGO derart konzipiert werden, dass sie nicht in einer dichotomischen Gegenüberstellung beider Akteurstypen als aggregierte Einheiten von Organisationsform und gesellschaftspolitischer Praxis münden, sondern der empirischen Vielfalt von Organisationsformen und gesellschaftspolitischen Praxen begegnen? III.

I.3 FORSCHUNGSSTAND

Wie dargestellt wurde, nimmt die vorliegende Studie Auseinandersetzungen um Hegemonie in der Global Climate Governance in den Blick. Die diskurs- bzw. hegemonieanalytische Untersuchung zielt auf zivilgesellschaftliche Akteure – soziale Bewegungen und NGOs – und deren konkurrierenden Deutungen zum Klimawandel und dessen adäquater politischer Bearbeitung. Im Fokus der Betrachtung liegt dabei die Artikulation der mit der Forderung nach »Climate Justice« verknüpften Programmatik. Im Folgenden soll der Stand der Forschung resümiert werden, an den die vorliegende Studie anschließt.¹⁴ Damit wird zugleich das Spezifikum und Innovative des gewählten theoretisch-methodischen Zugangs und des empirischen Fokus herausgearbeitet. Darüber hinaus erfolgt mit den Darstellungen eine begründete Verortung der Studie im politikwissenschaftlichen Forschungsfeld.

In die Ansätze zur Erklärung der globalen Umweltpolitik, die aktuell dominieren, scheint die berühmte Gleichung Antonio Gramscis zur Konzeption des Staates („Staat = politische Gesellschaft + Zivilgesellschaft, das heißt Hegemonie gepanzert mit Zwang“, GRAMSCI 1991ff.: GH 4, 783) bislang wenig Eingang gefunden zu haben. So zeichnen sich das Forschungsfeld der Internationalen Beziehungen (IB) und die dort am weitesten verbreiteten *Regime-Ansätze*¹⁵ (OKEREKE & BULKELEY 2007: 3), wenn es um die Erklärung der Bildung von Regimen, wie bspw. des Klimaregimes geht, durch einen *Staatszentrismus* aus (vgl. hierzu im Weiteren BULKELEY & NEWELL 2010; NEWELL 2000: 2ff., 23ff.). Konzentriert wird sich – um bei Gramscis Terminologie zu bleiben – auf die politische Gesellschaft, d.h. den Staat im engeren Sinne (Institutionen mit administrativen und juristischen Aufgaben).¹⁶ Aus dem Blick gerät so die Bedeutung der Zivilgesellschaft für die Reproduktion von Hegemonie.

Es ist die *Governance-Forschung*, die ihren Fokus auf Prozesse der Entstaatlichung bzw. Privatisierung von Politik legt (vgl. bspw. ROSENAU & CZEMPIEL 1992), wie sie ab den 1970er Jahren auszumachen sind. Gegenüber den Regime-Ansätzen hebt die Governance-Forschung damit die *Bedeutung einer Vielzahl von*

14 Darüber hinausgehend findet sich ein gut aufbereiteter Überblick über die Struktur des politikwissenschaftlichen Forschungsfelds zum Klimawandel bei Methmann et al. (METHMANN ET AL. 2013b: 1–4).

15 Vgl. auch Fußnote 38 auf Seite 36.

16 Einige Autor_innen im Feld der Literatur zu Regimetheorie sind sich des Umstands bewusst, dass zivilgesellschaftliche Akteure wie NGOs versuchen, zwischenstaatliche Verhandlungen zu beeinflussen (bspw. CORELL & BETSILL 2001; GULBRANDSEN & ANDRESEN 2004). Dennoch bleiben auch bei ihnen die staatlichen Institutionen die zentralen Akteure.

Akteuren neben den staatlichen Institutionen für Politikprozesse hervor. Arbeiten des Forschungsstrangs der multi-level Governance untersuchen zugleich die Interdependenzen verschiedener räumlicher Maßstabsebenen – der lokalen, nationalen bzw. internationalen Ebene (vgl. bspw. BACHE & FLINDERS 2004; BRUNNENGRÄBER ET AL. 2008a). Aus einer derartigen Perspektive widmen sich verschiedene jüngere Arbeiten dem Feld der Klimapolitik (vgl. BÄCKSTRAND 2008; PATTBERG & STRIPLE 2008; BRUNNENGRÄBER & WALK 2007; BRUNNENGRÄBER ET AL. 2008b; WALK 2008).

Die zahlreichen von der Governance-Forschung in den Blick genommenen Akteure bringen eine Vielzahl von Deutungen der Welt hervor. Im Forschungsfeld der IB ist es bereits ab Ende der 1980er Jahre ein *sozial-konstruktivistischer Strang*, der die grundsätzliche *Konstruiertheit des Sozialen* – insbesondere wesentlicher Aspekte der internationalen Beziehungen hervorhebt (vgl. ONUF 1989; WENDT 1992). In jüngerer Zeit haben zahlreiche Arbeiten dargestellt, wie in der Zivilgesellschaft eine Vielzahl von Sinngebungen bzgl. des Klimawandels vorliegen (vgl. bspw. ENGELS & WEINGART 1997; GOUGH & SHACKLEY 2001; PETTINGER 2007; HULME 2009; NISBET 2009) – eine Vielzahl von Sinngebungen bezüglich dessen, was als Ursache des Klimawandel gefasst wird, welche Folgen zu erwarten sind, wie er zu verhindern bzw. mit ihm umzugehen ist.

Fragen danach, wie sich unterschiedliche Deutung formiert und um Wirkmächtigkeit konkurriert bzw. gesellschaftlich verallgemeinert wird, wie sie im Fokus der vorliegenden Studie liegen, werden jedoch von sozial-konstruktivistischen Ansätzen der IB wie auch der Governance-Forschung nur selten in den Blick genommen. Ihnen gegenüber sind es Ansätze der *kritischen Internationalen Politischen Ökonomie* (IPÖ) sowie der *Diskursforschung*, die sich diesen Fragen widmen. Beiden Ansätzen ist gemeinsam, dass sie die Verallgemeinerung von Deutung als Ergebnis politischer Auseinandersetzungen bzw. sozialer Kräfteverhältnisse fassen. Ansätze der IPÖ sowie der Diskursforschung thematisieren insofern *Fragen von Macht bzw. Herrschaft*, die in der Governance-Forschung oftmals ungestellt bleiben.

Die *kritische IPÖ* (vgl. für einen Überblick bspw. BIELING & DEPPE 1996; BIELER & MORTON 2004; 2006; OPRATKO & PRAUSMÜLLER 2011) greift Antonio Gramscis Konzept der Hegemonie auf, um machtvoll gestaltete soziale Verhältnisse im internationalen politischen System zu erklären. Mit dem gramscianischen Verständnis von Hegemonie berücksichtigt die IPÖ die Bedeutung von nicht-staatlichen Akteuren und Diskursen für die Gestaltung der Gesellschaft. Für ein *Verständnis von Auseinandersetzungen um Hegemonie bzw. der Rolle sozialer Kräfte in der Global Climate Governance* kann deshalb gewinnbringend an die Arbeiten der IPÖ angeschlossen werden – insbesondere an jüngere Arbeiten dieses Forschungsstrangs, die sich dem Thema Klimawandel widmen (vgl. BRUNNENGRÄBER ET AL. 2008b; BRUNNENGRÄBER 2009; NEWELL & PATERSON 2010).

So zahlreich die Ansätze der *Diskursforschung* sind (vgl. bspw. KELLER ET AL. 2006), so zahlreich sind auch die Untersuchungsgegenstände der Studien. Im Forschungsfeld der Umweltpolitik widmeten sich bedeutende Arbeiten der letzten Jahre unter anderem den Diskursen des Ozonlochs, der ökologischen Modernisierung und der Nachhaltigkeit (vgl. LITFIN 1994; HAJER 1995; DINGLER 2003) bzw. konkurrierenden umweltpolitischen Diskursen (vgl. DRYZEK 2005). Auch der *Klimawandel als diskursiv umkämpftes Konfliktfeld*, der von der vorliegenden Studie thematisiert wird, steht vielfach im Fokus (vgl. bspw. VIEHÖVER 1997, 2004; LUTES 1998; OELS 2005; BÄCKSTRAND & LÖVBRAND 2007; STEVENSON & DRYZEK 2010; KARTHA 2011 sowie die bei METHMANN ET AL. 2013a versammelten Arbeiten). Der hier eingenommene explizite Fokus auf soziale Bewegungen und NGOs findet sich in bereits vorliegenden Studien jedoch nur selten – bspw. bei Bäckstrand und Lövbrand (2007) und Stevenson und Dryzek (2010).

Bäckstrand und Lövbrand behandeln in ihrer Arbeit drei Diskurse, die sie als verantwortlich für die Herausbildung der spezifischen Gestalt der internationalen Klimapolitik betrachten.¹⁷ Ihre Arbeit beschreibt Konturen dieser Diskurse und deren Auswirkungen auf dem klimapolitischen Konfliktterrain. Sie beschreiben Verschiebungen innerhalb der Diskurse, die aus verstärkten diskursiven Auseinandersetzungen infolge der Verhandlungen um eine Klimapolitik post-2012 resultieren. Da ihre Arbeit bereits im Jahr 2007 veröffentlicht wurde, können sie jedoch anschließende Entwicklungen nicht aufgreifen. Entsprechend findet die Forderung nach »Climate Justice« – die mit im Fokus der vorliegenden Studie liegt und deren Bedeutung als Bezugspunkt sozialer Kräfte sich vor allem seit 2007 immer deutlicher abzeichnete – bei Bäckstrand und Lövbrand keine nähere Behandlung. Stevensons und Dryzeks Arbeit hingegen widmet sich dem die Kopenhagener UN-Verhandlungen umgebenden Zeitraum. Sie untersuchen dabei die Verbreitung von vier von ihnen ausgemachten Klima-Diskursen in fünf ausgewählten Kontexten der globalen transnationalen Zivilgesellschaft.¹⁸ Die mit »Climate Justice« verknüpften

17 Bäckstrand und Lövbrand identifizieren neben dem Diskurs der ‚green governmentality‘, den der ‚ecological modernization‘ und den des ‚civic environmentalism‘ (BÄCKSTRAND & LÖVBRAND 2007).

18 Dryzek und Stevenson identifizieren die vier „Climate Change Discourses“ Mainstream Sustainability, Limits, Exansive Sustainability und Green Radicalism (STEVENSON & DRYZEK 2010: 5; vgl. auch DRYZEK & STEVENSON 2013: 236ff.). Die ausgemachten Diskurse entsprechen im Wesentlichen den bereits bei (DRYZEK 2005: 13–16) beschriebenen. Hinsichtlich der Verbreitung der Diskurse untersuchen sie das Klimaforum09, das zeitgleich zu den UN-Verhandlungen 2009 in Kopenhagen (COP15) stattfindende NGO und Bewegungsforum, den alternativen Weltklimagipfel des Jahres 2010 in Cochabamba (‚Weltkonferenz über den Klimawandel und die Rechte der Mutter Erde‘), die im Vorfeld der COP15 ausgerichteten Gipfel ‚World Business Summit on Climate

Auseinandersetzungen stehen jedoch auch bei Stevenson und Dryzek nicht im Vordergrund. Stevenson und Dryzek ebenso wie Bäckstrand und Löfbrand konzentrieren darüber hinaus ihre Darstellungen auf die Diskurse, während die hier vorliegende Studie – anhand einer empirischen Untersuchung – zugleich auf spezifische Akteure fokussiert. Die die Diskurse (re-)artikulierenden Akteure finden bei Stevenson und Dryzek hingegen, wenn überhaupt, dann ausschließlich eine illustrierende Erwähnung. Aussagen darüber ob bzw. welche spezifischen Koalitionen aus NGOs und sozialen Bewegung spezifische Diskurse (re-)artikulieren, finden sich bei Stevenson und Dryzek nur am Rande. Im Zentrum der Untersuchung stehen sie jedoch nicht.

Explizit dem *Gegenstand der sozialen Bewegungen und NGOs* widmet sich seit den 1980er Jahren – mit dem Aufkommen der sogenannten ‚Neuen Sozialen Bewegungen‘ (vgl. auch Seite 71) – ein eigener, sich durch spezifische Paradigmen kennzeichnender Forschungsstrang, die sogenannte *Bewegungsforschung* (vgl. bspw. HELLMANN & KOOPMANS 1998; TARROW 2003; DELLA PORTA & DIANI 2006). In ihrem Blick steht von Beginn an zivilgesellschaftliches Engagement zu ökologischen Themen (vgl. bspw. KLIMENT 1994; ROOTES 2003; KOUSIS ET AL. 2008). Auch das Thema Klimawandel und Bewegung findet zunehmend Beachtung (vgl. GIBSON 2011; BYRD 2012; ROOSE & SCHÄFER 2012; HADDEN 2013 – auch einzelne Beiträge in BRUNNENGRÄBER 2011b und DIETZ & GARRELTS 2013 können dem Strang der Bewegungsforschung zugeordnet werden).

Ein Fokus von Studien der Bewegungsforschung liegt auf der *Untersuchung von Deutungsschemata* – ideellen Konstrukten – zivilgesellschaftlicher Akteure. Der *Ansatz der ‚Frame-Analysis‘* (vgl. grundlegend GOFFMAN 1972) gehört zum Standardrepertoire des Forschungsstrangs (vgl. BENFORD & SNOW 2000; JOHNSTON & NOAKES 2005; DONATI 2006). Auch hinsichtlich des Konfliktfelds Klimawandel greifen zahlreiche Arbeiten der Bewegungsforschung diesen Ansatz auf (vgl. TRUMBO 1996; BYRD & LEVAY 2010; 2012; SCHLICHTING & SCHMIDT 2012; DELLA PORTA & PARKS 2013; KRUSE 2013).

Wenn mit der Frame-Analyse die ideellen Konstrukte von Akteuren in den Blick genommen werden, verbleibt diese *primär auf der Ebene der sprachlichen Struktur* – unterschieden wird zwischen „diagnostic frame“ (der Konstruktion einer Problemlage und der Beschreibung von Ursachen und Verantwortlichkeiten), „prognostic frame“ (der Entwicklung von Lösungsperspektiven) sowie „motivational frame“ (der Motivation zu Engagement und Mobilisierungsbereitschaft) (SNOW & BENFORD 1988: 199ff.). Die Analyse politischer Diskurse in der Bewegungsforschung (anhand der Frame-Analyse) beschränkt sich auf eine Analyse der „sprachlichen Oberflächenstruktur“ – der politischen Ideologie –, während die „Vorstellung

Change‘ und ‚Business for the Environment Summit‘ sowie die Netzwerke Avaaz, TckTckTck, and 350.org (STEVENSON & DRYZEK 2010: 5ff.).

von Diskurs als konstitutivem Mechanismus der (Re-)Produktion von Gesellschaft“ seltener behandelt wird (DONATI 2006: 149).

Ein entsprechendes Diskursverständnis findet sich im Ansatz der *diskurstheoretischen Hegemonietheorie Ernesto Laclaus und Chantal Mouffes*. Gesellschaft wird von ihnen als die Verstetigung bzw. Verallgemeinerung von durch sprachliche und nicht-sprachliche Handlungen vorgebrachter Deutung verstanden und als grundsätzlich umkämpft begriffen. Laclaus und Mouffes theoretischer Ansatz, den sie mit ihrem Buch ‚Hegemony and Socialist Strategy‘ (1985) begründen und den Laclau daran anschließend näher ausformuliert, ermöglicht ein grundlegendes – *post-foundationalistisches*¹⁹ – Verständnis der Prozesse der Universalisierung und Marginalisierung bzw. des Ausschlusses bestimmter Deutungen, die herrschaftliche Verhältnisse absichern. Deshalb wird sie der empirischen *Analyse von Auseinandersetzungen um Hegemonie* in der Global Climate Governance in der vorliegenden Studie zugrunde gelegt. Die Studie reiht sich damit ein in Arbeiten der letzten Jahre, die den theoretischen Ansatz Laclaus und Mouffes aufgreifen und ihn für empirische Untersuchungen operationalisieren²⁰ (vgl. bspw. NONHOFF 2006; WULLWEBER 2010 sowie Beiträge in GLYNOS ET AL. 2009; HOWARTH & TORFING 2005; DZUDZEK ET AL. 2012). Das Laclaus und Mouffes Überlegungen für die Analyse der Global Climate Governance nutzbringend sind, zeigen die bei Methmann et al. (2013a) versammelten Arbeiten: „As a common thread they diagnose the depoliticization of global climate governance as one of the root causes of its persistent failure to trigger sufficient social change“ (ebd.: 12f.). Mit ihrem Fokus auf NGOs und soziale Bewegungen in der Global Climate Governance sowie ihrem methodischen Zugang – der Kombination von Interviewforschung und Diskursanalyse – hebt sich die vorliegende Studie jedoch von den übrigen im Band versammelten Studien ab. Methodisch stellt die Erhebung qualitativer Interviews in einem (poststrukturalistischen) diskurs- bzw. hegemonietheoretischen Rahmen Neuland dar.

Die politische Forderung nach »*Climate Justice*«, der in der vorliegenden Studie ein zentraler analytischer Stellenwert zukommt, ist zu Beginn des Forschungsprozesses – auch aufgrund seiner noch dynamischen Entwicklung – kaum Gegenstand wissenschaftlicher Auseinandersetzung (so bei PETTIT 2004; DORSEY 2007 und ROBERTS 2007). Zahlreiche Studien widmen sich hingegen der für die Genese der

19 Alternativ wird Laclaus und Mouffes Ansatz – der sich gegen jede Determinierung von Gesellschaft (des Sozialen) durch eine letzte Instanz (bspw. der Ökonomie) richtet (siehe auch Seite 39) – auch anhand der Begriffe post-strukturalistisch bzw. anti-essentialistisch eingeordnet. Laclaus und Mouffes Ansatz geht in dieser Hinsicht über Ansätze der IPÖ hinaus, die oftmals in ihrem Verständnis des Sozialen einer ökonomistischen Perspektive verhaftet bleiben.

20 Aus dem Feld der Bewegungsforschung sind mir keine Studien bekannt, die eine entsprechende hegemonietheoretische Perspektive auf ihren Gegenstand einnehmen.

»Climate Justice«-Programmatik bedeutenden Forderung nach »Environmental Justice« bzw. der sich ab den 1980er Jahren vor allem in den USA um sie formierenden sozialen Bewegung (bspw. bei BULLARD 1990, 1994; COLE & FOSTER 2001; CHECKER 2005; SANDLER & PEZZULLO 2007).

Seit den 1990er Jahren beschäftigen sich Arbeiten aus dem Feld der Philosophie mit »Climate Justice« *aus einer gerechtigkeits-theoretischen Perspektive*. Im Fokus dieser Arbeiten steht »Climate Justice« als ethisches Konzept und nicht als politische Forderung. Entsprechende wissenschaftliche Auseinandersetzungen um die Bedeutung von Climate Justice finden insbesondere im Feld der Umweltethik statt. Seine ersten Erwähnungen findet der Begriff ‚Climate Justice‘ bei Shue (1992) und Weiss (1989) – vergleiche hierzu Roberts (2007: Fn. 18). Die Arbeiten, die »Climate Justice« als ethisches Konzept diskutieren und hierzu eigene Begriffsverständnisse entwickeln (vgl. bspw. bei PAGE 2006; GARVEY 2008; GARDINER ET AL. 2010; MEYER & ROSER 2010), werden in der vorliegenden Studie jedoch nicht weiter aufgegriffen. Verwiesen sei hier auf Einführungen bzw. Überblicksdarstellungen über die gerechtigkeits-theoretischen Debatten zu »Climate Justice« – beispielsweise bei Gardiner (2011), Hale (2012) und Niederberger (2013).

Im Verlauf des Forschungsprozesses der vorliegenden Studie hat jedoch auch die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit »Climate Justice« *als politischer Forderung und Bezugspunkt sozialer Kräfte* zugenommen und diente unzählige Male als Wissensquelle für die Darstellungen (vgl. ANGUS 2009; FOTI 2009b; GOODMAN 2009; ROBERTS & PARKS 2009; BEDALL & AUSTEN 2010; BOND & DORSEY 2010; DAWSON 2010; TOKAR 2010; BOND 2012b; RUSSELL ET AL. 2012). Insbesondere die Arbeiten von De Lucia (2009; 2013) und Chatterton et al. (2013) boten durch ihre hegemonietheoretische Perspektive eine Inspirationsquelle für die in der vorliegenden Studie angestellten Überlegungen. Während bereits zuvor die institutionalisierten zivilgesellschaftlichen Gruppen der Global Climate Governance – die NGOs²¹ – Gegenstand von Studien waren, an die die vorliegende Studie anknüpft (vgl. hierzu ARTS 1998; NEWELL 2000; WALK & BRUNNENGRÄBER 2000; BEISHEIM 2004), so fallen nun die neu in Erscheinung tretenden, stärker basisorientierten Zusammenhänge in den Blick der Untersuchungen (vgl. unter anderem die Sammelbände BRUNNENGRÄBER 2011b und DIETZ & GARRELTS 2013). Ein wesentliches Augenmerk neuerer Arbeiten liegt auf der Erweiterung des zivilgesellschaftlichen Akteursfelds der Global Climate Governance, insbesondere des seit Beginn der UN-Verhandlungen in deren Umfeld etablierten Zusammenhangs des Climate Action Networks (CAN), durch die Formierung hybrider Netzwerke aus sozialen Bewegungen und NGOs, konkret den Netzwerken Climate Justice Now! (CJN!)

21 Einführungen in den Begriff der NGO geben beispielsweise Brand (2000), Frantz und Zimmer (2002), Brunnengräber et al. (2005), Frantz und Martens (2006) und Nursey-Bray (2012b).

und Climate Justice Action (CJA) (vgl. GIBSON 2011; REITAN 2011; REST 2011; BYRD 2012; HADDEN 2013). Drei Arbeiten stechen dabei heraus, da es sich bei ihnen um Dissertationen handelt (GIBSON 2011 und BYRD 2012) oder ihnen eine solche zugrunde liegt (HADDEN 2013), die auf umfangreichen empirischen Untersuchungen beruhen. Die Arbeit von Byrd behandelt die Organisationsstrategien und -dynamiken der drei Netzwerke in den Jahren 2007 bis 2010 – insbesondere fokussiert er dabei auf die Bemühungen CJN!s zur Einbindung von Graswurzel-Gruppen des Globalen Südens. Gibson beschäftigt sich mit Prozessen der taktischen und diskursiven Radikalisierung im Feld klimapolitischen Aktivismus' in den Jahren 2006 bis 2010 und deren Reaktionen und Folgen. Ein besonderes Augenmerk legt sie dabei auf die Genese von CJN! sowie die Proteste im Umfeld der COP14 und COP15. Auch Hadden widmet sich dem Phänomen der Radikalisierung klimapolitischen Engagements. Ihr Fokus liegt dabei auf der „diffusion of ideas, activists, and tactics“ der globalisierungskritischen Bewegung im klimapolitischen Feld. Die Studien von Byrd, Gibson und Hadden bieten für die Darstellungen des klimapolitischen Konfliktfeldes und dessen aktuellere Entwicklungen in der Zivilgesellschaft eine wichtige Quelle. Auch wenn das behandelte Akteursfeld sich überschneidet, so unterscheiden sich die Ausrichtungen der Studien deutlich von dem mit der vorliegenden Studie verfolgten Erkenntnisinteresse, mit dem die Akteure hinsichtlich der Verallgemeinerung bzw. Anfechtung spezifischer Deutung und damit hinsichtlich der Reproduktion von Hegemonie in der Global Climate Governance in den Blick genommen werden.

I.4 STRUKTUR DER STUDIE

Neben der Einführung gliedert sich die Studie in drei Teile: Teil A, in dem die Grundlagen der Studie gelegt werden (Kapitel II bis IV), Teil B zur empirischen Untersuchung (Kapitel V und VI) sowie einen Schlussteil (Kapitel VII und VIII). Die einzelnen Kapitel der Studie werden jeweils zum Abschluss in kurzen Abschnitten – den Passagen – resümiert.

Im Grundlagenteil dient das *zweite Kapitel* der theoretischen Verortung der Studie. Staatstheoretische Ansätze – insbesondere neo-gramscianische und neo-poulantzianische Ansätze der Internationalen Politischen Ökonomie – werden hier aufgegriffen, um ein Verständnis der Global Climate Governance und des Verhältnisses der Zivilgesellschaft zu ihr zu entwickeln. Die historisch-spezifische Materialität der Global Climate Governance wird so als das Ergebnis von Auseinandersetzungen um Hegemonie gefasst, deren Terrain die Zivilgesellschaft ist. Für ein Verständnis dessen, wie sich Hegemonie konkret herausbildet, greift die Studie einen poststrukturalistischen Theoriezugang auf: die diskurstheoretische Hegemonietheorie Ernesto Laclaus und Chantal Mouffes (vgl. LACLAU & MOUFFE 1985 – weiter ausgearbeitet in LACLAU 1990b; 1996; 2007). Sie stellt in der vorliegenden Studie das theoretische Kernstück dar. Laclaus und Mouffes Diskurstheorie liefert eine Ontologie des Sozialen, die für die empirische Analyse der (Re-)Produktion von Hegemonie eine detailliert ausgearbeitete Basis bietet. Ein wesentlicher Teil der Studie widmet sich im Weiteren ihrer forschungs-praktischen Operationalisierung und Anwendung in einer empirischen Studie.

Das *dritte Kapitel* dient der Klärung der Begriffe der »NGO« und der »sozialen Bewegung«. Eingenommen wird eine diskursorientierte Perspektive auf die Konstitution dieser Akteure. Überwunden werden so essentialisierende Konzeptionen beider Akteurstypen, die in der Debatte im Forschungsstrang der Bewegungswissenschaften aufscheinen. Auf der Grundlage des entwickelten Begriffsverständnis werden mit dem Kapitel die mit der Studie in den Blick genommenen zivilgesellschaftlichen Akteure eingegrenzt.

Im *vierten Kapitel* wird das mit der Studie in den Blick genommene Konfliktfeld dargestellt. Eingegangen wird dabei zunächst auf die Genese, Struktur sowie das Akteursfeld der Global Climate Governance. Daran anschließend wird in einem zweiten Teil des Kapitels beschrieben, wie die politische Bearbeitung des Klimawandels in der Global Climate Governance vom Dogma des Neoliberalismus geprägt ist. Beständig reartikuliert wird hier das Projekt der »Neoliberalisierung des Klimas« – es ist hegemonial. Für die spezifische Materialität der Global Climate Governance zum Zeitpunkt der Klimaverhandlungen in Kopenhagen ist es konstitutiv. In einem dritten Teil des Kapitels wird dargestellt, wie die Neoliberalisierung mit dem Ausschluss bzw. der Marginalisierung alternativer Perspektiven verbunden

ist. Die Artikulationen einer multiplen Krise ab dem Jahr 2005 – der Klimakrise, der Finanzkrise bzw. der sozialen Krise – zieht jedoch eine Repolitisierung des hegemonialen Konfliktfeldes nach sich. Im Vorfeld der Kopenhagener Verhandlungen kommt es zur Konstituierung von Akteursnetzen, die ein Ensemble von Forderungen vorantreiben, dass offensiv gegen die neoliberale Hegemonie gerichtet ist. Diskurstheoretisch kann dies als Herausbildung eines »gegen-hegemonialen« Projekts um die Forderung nach Climate Justice gefasst werden. Zum Abschluss des Kapitels werden die Verhandlungen um ein Kyoto-Nachfolge-Abkommen thematisiert. Sie konstituieren ein Terrain verstärkter Auseinandersetzung über die Aufrechterhaltung bzw. die Erneuerung der neoliberalen Hegemonie in der Global Climate Governance und werden deshalb in der empirischen Analyse der vorliegenden Studie in den Blick genommen.

Im Teil zur empirischen Untersuchung geht das *fünfte Kapitel* zunächst auf die Methodologie der Studie ein. Thematisiert wird hier, was die ontologischen Vorannahmen (aus Kapitel zwei) für die Forschungspraxis implizieren. Dargestellt wird, was eine poststrukturalistisch informierte Forschung leisten und entlang welcher Prinzipien sich ein Forschungsprogramm darstellen kann. Anschließend an diese Vorüberlegungen wird im zweiten Teil des Kapitels die diskurstheoretische Hegemonietheorie Laclaus und Mouffes operationalisiert. In den wesentlichen Zügen skizziert wird hier Konzeption und Auswertungsverfahren der empirischen Untersuchung. Damit soll einem, in Studien der interpretativen Forschung zu oft vorliegenden, methodologischen Transparenzdefizit vorgebeugt werden.

Im *sechsten Kapitel* wird das Akteursspektrum transnationaler sozialer Bewegungen und NGOs im Umfeld der klimapolitischen Verhandlungen in Kopenhagen 2009 (COP15) anhand einer Interview-Studie in den Blick genommen. Die empirische Untersuchung fokussiert auf die in den Interviews vorgebrachten Forderungen. Die Reartikulation von Forderungen durch Koalitionen von Akteuren konstituiert diskursive Muster (Projekte). Im Kapitel werden diese Projekte und Koalitionen herausgearbeitet. Im Untersuchungsfeld zeichnen sich Konturen von vier konkurrierenden Projekten ab: dem Projekt der »Neoliberalisierung des Klimas«, dem des »Umweltmanagements«, dem des »Paradigmenwechsels« sowie dem der »umfassenden Transformation« (respektive dem um »Climate Justice«). Projekte wie auch die mit ihnen artikulierten Forderungen werden im Kapitel hinsichtlich ihrer kritisch bzw. affirmativ Ausrichtung gegenüber dem hegemonialen Projekt der »Neoliberalisierung des Klimas« beurteilt. Zum Abschluss des Kapitels wird betrachtet, ob es im Untersuchungsmaterial zur Reartikulation des im Vorfeld der Kopenhagener Verhandlungen artikulierten gegen-hegemonialen Projekts um »Climate Justice« kommt.

Das *siebte Kapitel* beinhaltet eine Zusammenfassung der Ergebnisse sowie eine Reflexion des Forschungsansatzes. Die Darstellung der Ergebnisse erfolgt anhand der Forschungsfragen der Studie. Beantwortet werden insofern die Fragen, ob die

»Climate Justice«-Programmatik als »gegen-hegemoniales« Projekt gefasst werden kann, ob es zu einer Verbreitung des kritischen Gehalts der »Climate Justice«-Programmatik im betrachteten Akteursspektrum im Umfeld der Kopenhagener Verhandlungen kommt und ob in diesem Akteursspektrum Muster im Zusammenspiel von Organisationsform und gesellschaftspolitischer Praxis auszumachen sind. Die Studie wird mit einem Ausblick (*Kapitel acht*) abgeschlossen, in dem auf aktuellere Entwicklungen Bezug genommen wird.